

Ersteinstufige
 ...
Rechnungsprotokoll
 ...
Die neue Welt
 ...
 Leipzig Nr. 1047.
 Leipziger-Str. 10.
 Verlagsanstalt Halle.

Volksblatt

Inseratengebühr
 ...
Inserate
 ...
 ...

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 Expedition: Harz 42/43. und die Mansfelder Kreise. Redaktion: Harz 42/43.

Von Schmach und von Empörung.

Zur Kampfsituation.

Die Proklamation des schaffenden Volkes durch die „Wahlreformvorlage“ der preussischen Regierunq bringt den Wahlrechtskampf zum Sturmsturm. Die Arbeiterklasse hat den Kampf aufgenommen und zu leiten.

Einmütig ist die Empörung in unserer Presse, gewaltig waren die (wenigen) geistigen Versammlungen besetzt. Kampfeslust wehte in den Reihen der Arbeiter. Aberall schien die Ueberzeugung zu herrschen, daß das bloße Reden überholt, daß nun die demonstrative Wirkung des Kampfes beginnen müßte. Zweifellos muß die Sozialdemokratie alle bisherigen Kampfmittel je nach der Situation und dem Orte beibehalten — aber sie muß sie in den ausschlaggebenden großen Stadien mit geschulter Proletarierklasse ausbeuten und verschärfen. Die Straßendemonstrationen müssen als Werbe- und Demonstrationsmittel viel umfassender und allgemeiner angewendet werden! Und wenn die Wahlrechtsfrage dann bis zum Entscheidungspunkt getrieben ist — dann wird — denn! — die Arbeiterklasse nicht zögern, auch mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Macht die Forderung des gleichen Wahlrechts zu unterstützen und unwiderstehlich zu machen. Der Wille dazu muß dahinter stehen, sonst heißt alles leerer Schall und Rauch. Da aber der Wille der Massen bestimmt wird von ihren politischen Lebensinteressen, so ist die Bereitschaft der Arbeiterklasse, mit ihrer ganzen sozialen Macht und Wirkung für das gleiche Recht einzutreten, eine historisch gegebene Notwendigkeit. Deshalb wird sie auch mit stetiger, unerschütterlicher Geduld und Opferwilligkeit die Kampfmittel zur schärfsten Wirkung treiben.

Die Frage: was nun tun?, die wir in den letzten Tagen so eindringlich erhoben, fand in der Parteipresse bisher kein Echo. Können wir das als Ausfluß des schönen Grundgesetzes halten: Nicht reden — handeln! So wären wir zerstreut. Jetzt scheint es sich aber zu regen. Die Volkstimme in Magdeburg greift den Ruf auf und schreibt:

Was gebent die Sozialdemokratie zu tun, um diese infame Leistung abzuwehren? Auch unsere Parteigenossen werden dieselbe Frage stellen und sie verschieden beantworten. Wir sind der Meinung, daß die Empörung der Entrechteten noch höher auslösen muß als bisher, daß keiner mehr träge, gleichgültig und latentlos beiseite stehen darf. Deshalb glauben wir, daß der Parteivorstand und die preussische Leitung der Sozialdemokratie den Augenblick nicht ungenutzt vorübergehen lassen darf, sondern die Arbeiterklasse aufrufen muß, ihren Wünschen und Forderungen und ihrem Protest gegen die schamlose Verhöhnung eventuell durch einen Massenstreik Nachdruck zu geben. Wir zweifeln nicht, daß dieser Aufruf zu einem allerdings opfervollen, aber auch ehrenhaften Kampfe weithin Widerhall finden dürfte. Jetzt kann es sich nicht mehr darum handeln, über die Zweckmäßigkeit des Massenstreiks an sich zu debattieren, sondern lediglich um die Frage, ob die Arbeiterklasse gewillt ist, sich die völlige Rechtslosmachung ta telos gefallen zu lassen und sich auch fernestündig lediglich mit Versammlungen begnügen zu wollen. Weder jetzt einmal die Arbeiterklasse reden, welchen Willen sie hat.

Was! Es scheint uns aber, daß die Arbeiterklasse durch ihre Versammlungen und Demonstrationen genügend deutlich geredet und gezeigt hätte, welchen Willen sie hat. Wir glauben, weite Kreise der Genossen warten nur auf das Stichwort ihrer Zentralinstanzen!

Der Vorwärts schreibt:
 Am Donnerstag soll bereits im Abgeordnetenhaus die Beratung über die Wahlrechtsvorlage beginnen. Wie sie sich dort auch die übergründigen Parteien zu der Stotgeburt stellen mögen: das ist klar, daß das entrechtete Volk sich einzig und allein auf seine eigene Kraft und Regsamkeit verlassen darf!

Nicht im Dreiklassenhaufe selbst darf die eigentliche Entscheidung über die Wahlreform fallen!
 Das Volk selbst muß im Wahlrechtskampf auf dem Platze erscheinen! Die Massen müssen sich regen, und

gestärkt werden, damit die preussische Bureaucratie und das Junker- und Offiziersparlament sich nicht dem Wahne hingeben, daß die Volkswelt sich wie eine Sammelherde zur Schlachtbank führen lassen!

Der Wahlrechtskampf, den das Proletariat seit Jahren mit soviel Energie geführt, ist jetzt in das entscheidende Stadium eingetreten!

Nicht über nie gilt es, das Votum der verhöhten und brüskierten Massen in die Waagschale zu werfen!

Und! Wir haben das schon vielmals hervorgehoben, wir sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse die Lösungen aufgreifen wird.

Aus Breslau kommt eine erfreuliche Nachricht. Der Telegraph meldet:

Wahlrechtsdemonstrationen. Die hiesigen Sozialdemokraten veranstalteten gestern nachmittags große Wahlrechtsdemonstrationen, und zwar in Form eines Massenparades. Es kam mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei. Man hörte Rufe auf das gleiche Wahlrecht. Mehrere Personen wurden von Polizisten durch Säbelstiche verletzt; zwölf Stützerinnen wurden vorgekommen.

Die Breslauer Genossen haben alle die Parole in die Tat umgesetzt: Nicht reden — handeln! Daß der Volksgewalt überhand nimmt, wird aber in Preußen zur „Gemeinschaft“. Wann werden endlich die Straßendemonstrationen so maßvoll werden, daß sich die Säbelschneide nicht ereignet?

Aus Braunschweig werden ebenfalls wieder Massendemonstrationen gemeldet. Viele Tausende spazierten durch die Straßen. Ein starkes Polizeigebot beobachtete den endlosen Zug, verhielt sich aber ruhig. Die Polizei schien endlich gelernt zu haben. Wann wird das in anderen Städten geschehen?

Die Arbeiterklasse empfindet, daß die Stunde ernst ist und große Anforderungen an Opfermut, Entschlossenheit und Vorgehensweise stellen wird. Die Arbeiter wissen, daß sie ihre Kampfmaßnahmen der Situation entsprechend treffen, aber dann, wenn etwas beschlossen oder aus dem Augenblick heraus geboren ist, das prächtige Wort Lafettes gilt:

Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerollt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen angestrebt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.
 Lassalle. An die Arbeiter Berlins.

Fort mit Bethmann Hollweg!

Aus Berlin wird uns geschrieben:
 Der Ministerpräsident und Reichskanzler von Bethmann Hollweg ist dem preussischen und dem ganzen deutschen Volke für seine Tat verantwortlich. Wenn heute die Entrüstung über die Schmach der preussischen Wahlrechtsvorlage von einem Ende des Reichs bis zum andern aufschäumt, wenn sich aller Unmut und Woll entzündet, den das schändliche preussische Geiztun in den Herzen der entrechteten Massen bergeshoch aufgehäuft hat, dann darf über der Sache nicht die Person verweisen werden, die verantwortlich ist. Aber wer der Welt und vor der Geschichte allein die ganze Schuld zu tragen hat. Diese Person muß aus dem öffentlichen Leben so bald wie möglich verschwinden.

Das deutsche Volk und der deutsche Reichstag dürfen den Unterzeichner der preussischen Wahlrechtsvorlage nicht länger an der Spitze dulden, auf dem er jetzt steht. Die Vereitigung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg muß das allerhöchste Ziel sein für jede Partei, die es mit der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts ernst meint.

Der preussische Wahlrechtskampf, der mit befonderer Intensität und unter umfassender Anwendung der schärfsten Mittel auf preussischem Boden zu führen sein wird, wird sich daher auf Preußen nicht beschränken dürfen. Es gibt innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs keinen Ort, der von ihm verschont bleiben kann. Es darf keine Ruhe im Reich geben, solange ein Bedienter des Herrn v. Albenburg deutscher Reichskanzler ist!

Man kennt jetzt das wahre Gesicht dieses Herrn, der über zwei Leiden in sein Amt geteilt ist. Ist sich Graf Poldadowsky weigerte, nach Herrn v. Camps Weisheit die Sozialpolitik der Ebersfelder Fardwerke zu treiben, stürzte er. Herr v. Camp

wurde freier, und Herr v. Bethmann Hollweg an Stelle des Grafen Poldadowsky Staatssekretär wurde. Als zwei Jahre später Fürst Bismarck nicht ganz nach der Weise der Gendeband und Oldenburg tangte, fiel auch er, und an seiner Stelle erdient — sein Freund, Ministerkollege und gefügige Untergebene, Herr v. Bethmann Hollweg als Reichskanzler für alle.

Wie Herr v. Bethmann Hollweg an Stelle des Grafen Poldadowsky Staatssekretär wurde, so wurde er an Stelle des Herrn Bismarck Reichskanzler geworden die Reform.

Herr v. Bethmann Hollweg läßt seine Schreiber die Unwahrheit reden, wenn er seine Vorlage als eine Frucht der Wahlrechtskommission von Oktober 1908 bezeichnen läßt. Herr von Bethmann Hollweg weiß ganz genau, daß es Pläne ganz anderer Art waren, auf die die Thronrede von 1908 anspielte. Pläne, weit davon entfernt, die gerechten Forderungen des Volkes zu erfüllen, aber doch von seinen höchsten Wünschen Himmelsweit unterzusehen. Wäre damals beachtet worden, eine Vorlage einzubringen wie die gegenwärtige, dann wäre die Behauptung angemessen, daß nichtwählbare Minister die Krone zu einem Betrag am Volke misbraucht hätten. Das ist aber, wie gesagt, gar nicht der Fall gewesen. Das, woran man jetzt die Thronrede dachte, war lahm und unzureichend, in keiner Weise befriedigend — aber es war keine Sammlung ausgeführt, in dem die jetzt vorliegende Entwurf.

Die Behauptung, daß dieser Entwurf den Wünschen der Thronrede entspräche, beruht auf einer Fälschung der geschichtlichen Tatsachen. Und auch für diese Fälschung trägt der Reichskanzler Bethmann Hollweg die Verantwortung.
 Die Vorlage des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Bethmann Hollweg hat durch ihren Inhalt und namentlich durch ihre Begründung den Jubel aller Teile des Reichstagswahlrechts erweckt. Die Kronezeitung heißt es, indem sie schreibt:

Was in der Begründung über die geheime Wahl gesagt wird, ist eine geradezu vernichtende Kritik am Reichstagswahlrecht.

Der Reichstag und die Reichstagswähler, das ganze deutsche Volk wird darauf mit einer vernichtenden Kritik am Reichskanzler antworten.

Wollen wir um einen Schritt weiter kommen, so muß erst dieser Mann fort! Will das deutsche Volk wissen, daß es angeht, hat ein Reichstagsvolk zu sein, das sich von jedem beliebigen ernannten Beamten (kurzelegten und verhöhten) lösen kann, muß es mit dem ernannten Beamten Bethmann Hollweg fertig werden.

Es geht im Grunde genommen gar nicht um die Person, sondern um das Prinzip.
 Der Mensch Bethmann ist gleichgültig. Aber er verkörpert heute alles in sich, was wir bekämpfen. Und darum muß es heißen:

Nieder mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht!
 Fort mit Bethmann Hollweg!

„Wer treu gedient hat keine Zeit!“

Die ungeschwämmteste Unerschämtheit, die die drei Unterzeichner des preussischen Wahlrechts, Bethmann, Bessler und Nolde, dem Volk ins Gesicht geworfen haben, bleiben doch die §§ 8, 9 und 10 der Vorlage, die von den sogenannten geborenen Wählern handeln. In diesen drei Paragraphen wird eine dämliche Mangorbung jener Wagnaden aufgestellt, denen es erlaubt sein soll, in die nächsthöhere Klasse aufzusteigen. Einige Duzend verschiedener Kategorien vom Provinzialausschussmitglied bis zum Amtsdirektor, Polizeibeamter und Jubilationsvorsitzenden werden aufgeführt und mit verschiedenen Vergünstigungen bedacht.

In der Hauptklasse wird, um es kurz auszudrücken, zwischen Offizierswählern und Unteroffizierswählern unterschieden. Die ersten rücken auf alle Fälle aus der Klasse, in der sie sich befinden, in die nächsthöhere, die zweiten jedoch nur dann, wenn sie der dritten Klasse angehören. Sind die Wähler von „Unteroffiziersrang“ schon ohnehin nach ihrer Steuerleistung der zweiten Klasse zugewiesen, so haben sie auch da Halt zu machen, damit die Herrschaften der ersten (Offiziers-) Klasse unter sich bleiben.

Zur Offiziersklasse der geborenen Wähler gehören außer den Offizieren 3. D. und a. D., die eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben, auch die abdiszierten Postoffiziere, die vor mindestens zehn Jahren ihre Prüfung machten, ferner die Inhaber von höheren Ehrenämtern der Selbstverwaltung und schließlich Wähler, die dem deutschen Reichstag oder dem preussischen Landtag als Mitglieder angehören oder wenigstens zehn Jahre angehört haben.

Diese Bestimmung ist weiter nichts als ein frecher Witz, den sich die preussische Junkerregierung mit den Mitgliedern des deutschen Reichstags geleistet hat. Wir erwarten, daß der Reichstag, dessen Mitglieder auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts gewählt sind, die geeignete Antwort finden wird, und

wegen diese ähmerne und unerschöpfliche Sammlungen auf das Entscheidende Protest zu erheben.

Es ist eine Verabredung der Mitglieder des Reichstags, wenn man sie in einer Klasse beamerter Einnahmen und die zu wählen haben, wie die Regierung will.

Denn darin liegt ja der Schwerpunkt der Verschlechterung, doch das sie neue Schichten von privilegierten schafft, die schneidbar bevorzugen, in Wirklichkeit aber völlig entrecht sind, weil sie kein freies Wahlrecht haben, sondern nur Kommando abstimmen müssen.

Gegen eine solche Infamie muß das Ehrgefühl eines rechtsliebenden Volkes empor aufsteigen! Solche Schändlichkeiten dürfen nicht geschehen!

Ein Schutzgesetz für Steuerdefraudanten.

Der die „Wahlrechts“-Vorlage bestimmt: Wer die in den Wähler- oder Abstammungsverzeichnissen enthaltenen Angaben über die Steuer der Einkommenverhältnisse eines Wählers zu ändern als Wahlschein öffentlich verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Im preussischen Staat herrscht der Grundsatz der Offenheit, auch sonst alle wichtigeren Vorgänge des staatlichen Lebens.

Errörern darf nur die Junkerregierung!

Die Abstimmung der Wähler soll bekanntlich auch in Zukunft öffentlich durch Protokoll erfolgen.

reglement genehmigt werden. Eine gesetzliche Garantie dafür, daß man erfahren kann, wie jeder einzelne Wähler gestimmt hat, ist nicht gegeben.

Auf diese Weise soll die Wahl geradezu öffentlich werden für die Masse des Volks, aber öffentlich bleiben für die Regierung.

Preßstimmen zur „Wahlreform“.

Nichts anderes als eine reaktionäre Verbindung und Zersplitterung des ohnehin so teilweislos erdramatischen Dreiklassenwahlrechts stellt die neue Wahlrechtsvorlage dar.

Die Wahlrechtsvorlage will auch die letzte beschönigende Fäulnis der Dreiklassenwahl durch brutaler Kraft niederbrechen!

Es ist eine schier unbegreifliche Dummheit, wie die preussische Regierung es wagen kann, den Volkswaffen die Klassenkampftheorie beizubringen.

Alles in allem: ein infames, empörendes Wahlsystem, als es die Regierungsvorlage vorbringt, kann auch von dem beshöftigten Schriftbild nicht ausgeführt werden!

Frankfurter Zeitung (lib.-democr.): Ein Wähler, wie in seiner Weise eine Reform genannt werden kann, das geradezu eine Verbesserung der Wahlergebnisse wirken muß, und das wohl auch die Beobachtung...

Die erste und zweite Klasse werden nach mehr als bisher die dritte Klasse markieren. Die überwiegende Masse des Mittelstandes, Handwerker, Gewerbetreibende und Kleinrentner...

Berliner Tagesblatt (freis.-democr.):

Die erste und zweite Klasse werden nach mehr als bisher die dritte Klasse markieren. Die überwiegende Masse des Mittelstandes, Handwerker, Gewerbetreibende und Kleinrentner...

Der ganze preussische Staat soll militärisch organisiert werden. In die erste Klasse gehören die Offiziere, in die zweite die früheren Offiziere, Reservisten und die Unteroffiziere, während die „Gemeinen“ jeder Art in der dritten Klasse zu wählen haben.

Berliner Volkszeitung (frei. democr.):

Die breite Masse des Volks, die weder das einjährige Wehrmännchen ernt, noch eine Hochschulbildung teilhaftig wird, noch in die gebilligten Regionen des Referendariatums eintritt...

Ein Verrückter.

Kampf und Uebe eines Lehrers. Von Josef Hübener.

Die Züre ging auf und mit zwei leeren Biergläsern trat die Magd vom Frühstück in die Küche. Frau Wirtin, Jan so, so! Der Bekannte bemerkte das Mädchen: „Mari! Mari!“

„Ja, ja, ja, es betrifft die... die sogenannte Fräulein An-na!“ Der Wirt ließ den Betrunknen in Ruhe. Er hatte genug erfahren und mühte es so schnell wie möglich seiner Frau sagen.

Menschen so gar nicht bestimmen konnte. Darum freuten ihn die anzüglichen Worte, die von der Angel fallen, nicht wenig, und er stimmte beim Verlassen der Kirche sehr eifrig dem guten Streitwagen zu.

nepperfekt, die abharrt von der zweiten und ersten Klasse um so
sicherer auf ewige Zeiten majestätisch werden wird.
Das ist der Sinn, das ist das Ergebnis aller der ausgeleg-
ten „Reinheits“, die lediglich ein Familieninteresse für die
zweite Klasse haben. Diese liegt man ein bißchen, damit sie
auf die erste Klasse nicht gar zu leicht hinaufsteigen könnten. Nach-
dem man der zweiten Klasse möglichst erlaubt hat, ein bißchen
von der fetten Sahne zu schöpfen, giebt man die übrig bleibende
Magermilch in die Trage des gesoppon „Proletariats“, das,
entredet durch das aufrechterhaltene Lebensgewicht der beiden
oberen Klassen, nach wie vor als das politische Soloton
zum Preußens aus der Mitwirkung über die Geschichte des
Staates ausgehört bleibt.

Öst. Volks-Zeitung (Zentrum):

Auch die direkte Wahl ist der bisherigen indirekten vorzu-
ziehen, aber alle diese relativen Vorzüge können nicht zur Ges-
taltung kommen gegenüber dem Verhältnis an der öffent-
lichen Wahl. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen
Stimmabgabe allein schon macht für uns die ganze Wahl-
rechtsvorlage unannehmbar.
Das Zentrum wird unabweislich als erste Forderung das ge-
heime Wahlrecht verlangen. Was die amtliche Begründung
für die Beibehaltung der öffentlichen Wahl hinsichtlich,
sind Behauptungen älterer Art und so schwache Argumente, daß
man fast vermuten könnte, die Regierung habe die geheime
Wahl nicht in die Vorlage gebracht, nur deshalb, um in ihr ein
Handelsobjekt für die weiteren Beratungen und Verhand-
lungen mit den Parteien zu haben. (?)

Deutsche Tageszeitung (unparteiisch-progredient):

Zur Befriedigung gerichtet es uns einmütig, daß die
Wahlrechtsvorlage und die öffentliche
Stimmabgabe beibehalten worden ist. Etwas anderes
haben wir nicht erachtet und war auch nicht zu erwarten.
Sätte die Regierung diese beiden Grundlagen des Wahlrechts
befestigt oder grundräßig geändert, so würde sie die
schärfste, die einschlechte, die unbedingte
Gegner schaft der rechtslebenden Parteien gefunden haben.
(Zukunft! Red. Volkst.) Wie würde diese Gerechtigkeit
zu erfassen, wenn sie etwa weiter emanieren geseht sein
sollte, in diesen Punkten liberalen Wünschen entgegenzukommen
oder Rechnung zu tragen.

Was wir an dem alten Wahlrecht hatten und haben, das
wollten wir. Es war nicht plutokratisch (Frechheit
verleiht nicht! Red. Volkst.), sondern legte die Ent-
scheidung im wesentlichen in die Hände des Mittelstandes. Es
entsprach im allgemeinen der Struktur der Bevölkerung, ins-
besondere der ländlichen. Es hatte sich eingebürgert und aus-
gezeichnet bewährt. (Wranol! Red. Volkst.) Es bildete
eine wenn auch nicht völlig abweichende, so doch in der Haupt-
sache stützende Damm gegen die sozialdemokratische Leber-
kennung. Wird sich das neue vorgeschlagene Wahlrecht ebenso
bewähren? Wir können nur einen besten Willen unsere Zweifel
nicht unterdrücken. In einem Punkte sind unsere Zweifel be-
sonders klar: die eine Wirkung dürfte das neue Wahlrecht
sicher haben, nämlich eine bemerkbare und bedenkliche Schwä-
chung des Damms gegen die rote Flut. Deswegen ist ernie-
sorgfältige, peinliche Prüfung die Pflicht aller, die die Wahrung
der letzten Ehrenrechte beherzigen wollen, ist ein geses
heutehustein und starke Staatsgesetzgebung zu bekämpfen. (Es
lebe das Zentrumregiment! Red. Volkst.)

Politische Übersicht.

Walle a. S., 7. Februar 1910.

Aus dem Reichstage.

Die Sonnabend Sitzung des Reichstages dauerte nach nicht eine
Stunde. Nach einer Vereinbarung unter den Parteien wurde
das Handelsabkommen mit Amerika beschloßen und zwar in
allen drei Lesungen angenommen. Wie die Sachen liegen, war
dies der Lösung, wonach Deutschland Amerika das Weis-
begünstigungsrecht und Amerika Deutschland den Minimal-
tarif gewährt, die einzig mögliche. Die langwierigen Ver-
handlungen, die zwischen diesen beiden Ländern des Hochzugs
geführt worden sind, sind ein sprechender Beweis dafür,
wie schwierig unter dem System des angebotenen „Säures
der nationalen Arbeit“ die Regelung internationaler Handels-
beziehungen geworden ist. In seiner Einbringung unter-
ließ Herr Delbrück nicht die für deutsche — sagen wir einmal
Staatsmänner — obligatorisch vorgeschriebene Verbeugung vor
den Kammern. Ihnen zu Rede hat man jedoch Zugelassenheit
auf dem Schilde der Rede nicht verneint. Trotzdem blühte
die Rede gegen den Handelsvertrag, der jedoch, da sich fast das
ganze Zentrum auf die Seite der Linken schlug, mit großer
Mehrheit angenommen wurde.

Justizfrage im Dreiklassenparlament.

Das Dreiklassenhaus begann am Sonnabend die Ver-
sicherung des Justizgesetzes. Von konservativer Seite wurde
der Fall der Majorsfrau von Schönebeck in allen Punkten zur
Sprache gebracht, die bekanntlich unter dem dringenden Ver-
dacht der Anstiftung zum Mord am 10. November 1907 in Haft genommen,
später aber wegen Geisteskrankheit wieder entlassen worden
war und sich jetzt nach glücklicher Wiederherstellung in Ver-
lin aufhält. Justizminister Wesseler hat, wie er sich selbst
ausdrückte, über „dieses merkwürdige Ereignis“ einen ein-
gehenden Bericht eingefordert und teilte mit, daß die Ver-
urteilung gegen Frau von Schönebeck nunmehr, nachdem
die wissenschaftliche Deputation des Medizinischen in Ver-
lin eine strafrechtliche Geisteskrankheit bei der Tat ver-

neint hat, geschlossen worden ist, so daß das Verfahren vor
dem zuständigen Gericht seinen Gang nehmen wird. Im
übrigen wurde der Kieler Verfallprozess kurz gestreift und das
Verhalten der Staatsanwaltschaft in diesem Prozess scharf
verurteilt. Der nationalliberale Abgeordnete Voß hat
das berechtigte Verlangen, die Urteile hier in vollständiger
leicht verständlicher Weise abzufassen. Reaktionen Wünsche
hätten die Angehörigen beider Schattierungen vor. Der
konservative Abgeordnete Kocher wollte die Freiheits-
strafen noch strenger gehalten, und der freikonservativer Bier-
eck sah in der besonderen Gerichtsbarkeit für Jugendliche ein
Mittel, in der Jugend das Verbrechen zu ertappen, sie fähig
machen, was sie wollen. Von freisinniger Seite hatte man an
der preußischen Justiz gar nichts anzufassen. So begnügte
sich Herr Cassel von der Volkspartei mit der Erörterung
einiger untergeordneter Beamten- und Verwaltungsfragen
und Herr Zeltz von der Vereinigung, seines Zeit-
gen Landgerichtsdirektors, glaubte seine Berufsvorgänge gegen
den Vorwurf der Missbilligung und gegen einige auf dem
höchsten Kriminaltage erhobene Beschuldigungen in Schutz
nehmen zu müssen. Am Montag kommt als erster Redner
Genosse Dr. Viehbach zu Wort. Ueber die Wahlrechts-
vorlage wird am Donnerstag verhandelt werden.

Deutsches Reich.

— Die Subjekt-Kommission des Reichstages beriet nochmals
über die Zuschüsse von 20 Millionen Mark. Das Resultat
war, daß von den angeforderten 24½ Millionen Mark die Mehr-
forderung von 1½ Millionen gestrichen wurde.

— Meistbegünstigung der Vereinigten Staaten. Nachdem der
Reichstag das Handelsabkommen mit Amerika angenommen
hat, soll am Montag im Reichstagesrat eine Beschlussempfehlung
erfolgen, wonach auf die Ergebnisse der Vereinigten Staaten
von Amerika vom 8. B. ab die in den geltenden Handels-
verträgen angeführten Zollsätze anzuwenden sind. Die Er-
gebnisse der Vereinigten Staaten werden demnach wie die
Ergebnisse der meistbegünstigten Länder behandelt werden.

— Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschloßen,
im Reichstage eine Resolution einzubringen, in der eine Ge-
setzesvorlage gefordert wird, durch die für Elb- und
Selbstverwaltungsgemeinden, die Gleichstellung mit den übrigen
Bundesstaaten und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte
Wahlrecht verlangt wird.

Die Fraktion beschloß sich alsbald mit der Gesetzes-
vorlage betz. den Antrag von Kahl und bestimmte als Redner für
die erste Lesung im Plenum die Genossen Kue und Emmel.

— Liberale Reichstagskandidatur. Die liberalen Organi-
sationen des Reichstagswahlkreises Jena-Neustadt
Wankenheim, haben den Oberlehrer Dr. Vershoren
Jena als gemeinsamen Kandidaten für die nächste Reichstags-
wahl aufgestellt. Man erwartet von den Nationalliberalen,
daß sie die Kandidatur unterstützen werden, nachdem sie mit
dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Gutsbecker Paul Ley-
mann so glänzendiasco gemacht haben.

England.

Die neuen Arbeitsämter.

Am 1. Februar wurden die ersten 80 Arbeitsämter in
auf Grund des schon von uns geschilderten Gesetzes eröffnet.
Insgesamt sind etwa 250 solcher „Arbeitsämter“ vorgesehen,
die sämtlich besondere Bureaus und Engagementsräume ent-
halten; auch sollen alle durch besondere Telegraphenleitungen ver-
bunden werden. Dem internationalen Ratweises wird ganz be-
sondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Radikalisierer haben
deshalb sogar die Vermutung, daß die mittellose Arbeits-
suchenden das Hauptziel nach außerhalb vorzuziehen. In allen
Orten, wo kein öffentliches Radweises besteht, wird die Ver-
bindung mit dem nächsten Bureau durch die Postanstalten auf-
recht erhalten. Es ist sicherlich zu erwarten, daß der groß-
zügige Plan des Ausbaues des öffentlichen Radweises, für
den die englische Regierung, natürlich nur durch den Druck
und Einfluß der Arbeiterpartei auch reichliche Mittel bereitgestellt
hat, wesentlich dazu beitragen wird, neben einer immerhin
bedeutendlichen Linderung der Arbeitslosigkeit, insbesondere
eine genauere Überlicht und dadurch das Eindringen des Arbeits-
marktes zu ermöglichen. Diese Arbeitsämter werden daher
auch wohl nicht mit Unrecht als die Vorläufer der staats-
lichen Arbeitsämter in Unterpung angesehen.

Rußland.

Reinigung im Kaukasien.

Petersburg, 5. Februar. Gestern nachmittag fanden
eine große Menge Revisionen und Hausdurchsuchungen bei zahl-
reichen Beamten der Artillerieverwaltung und einigen Groß-
industriellen statt. Diese förderten namentlich bezüglich der
Beamten der Verwaltung ungelöste und belastende Ma-
teriaलगуте. Enorme Mißbräuche wurden aufgedeckt, über
40 Verhaftungen wurden vorgenommen; in der nächsten Zeit
sollen weitere Hausdurchsuchungen vorgenommen werden.

Türkei.

Die politische Lage.

Die Kriegsgefahr, von der in den letzten Tagen noch ernst-
lich die Rede war, scheint nunmehr einigermaßen beseitigt zu sein.
Griechenland hat beruhigende Versicherungen abgegeben, und
auch die bulgarische Regierung hat versichert lassen, daß sie
im Ernst gar nicht an einen Krieg gedacht habe. — Die un-
schuldvollen Engel — Wahrscheinlich wird Kreta wieder durch
die „Schuldmacht“ befreit werden — eine Maßnahme, die,
wie verlautet, die Willigung der türkischen Regierung finden
würde. Die Dierestanten, im Voraus erhielten die Meldung,
daß am Montag ein großes englisches Geschwader eintrifft

wird. Ebenso werden in nächster Woche vier Kriegsschiffe an-
derer Nationalität anlangen. — Das offiziöse Organale d'As-
tia stellt mit Genugtuung fest, daß infolge der energischen Vor-
stellungen der vier Seemächte in Kreta und der fortgesetzten
Galtung der griechischen Regierung die Gefahr eines Bruches
zwischen der Türkei und Griechenland beseitigt sei. In
90 m habe man die Ungelegenheit überhaupt nicht aufgetaht.

Das Eingreifen der Mächte.

Paris, 6. Februar. Die Verhandlungen der Krethaschus-
mächt haben zu einer völligen Einigung geführt, die in einer
gemeinsamen Note an das freisinnige Exekutivkomitee zum Aus-
druck kommt.
Paris, 6. Februar. Infolge der kräftigen Förderung der
Schuldmacht, daß die griechische Nationalversammlung von
seinem freisinnigen Abgeordneten Abgeordneten befreit
werden darf und daß die Kapitulation bei der Zustim-
mung unbedingt nach den internationalen Bestimmungen
erfolgen müsse, beschloß die provisorische Regierung, zu
zutreten.

Kanada.

Erklärung der Einwanderung.

Der kanadische Minister des Innern hat seinen dem Parla-
mente ein Gesetz vorgelegt, das die Einwanderung von Aus-
ländern, die infolge ihres Temperaments oder Konstitution als
für das Klima und die Beschäftigungskanada ungeeignet er-
scheinen, oder von Massen-Einwanderern, die durch ihre Zahl
eine Gefahr für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes
sein könnten, direkt verbietet. Das Gesetz richtet sich haupt-
sächlich gegen Chinesen, doch enthält es auch sonst ver-
schärfte Maßregeln gegen die Einwanderung aus Europa. Die In-
nahme der Vorlage ist, wenn nicht gar noch in stärkerer
Form, so gut wie sicher.

Indien.

Die Anhebung der Preise.

Kalkutta, 5. Februar. Das Preisgesetz, das der Sekretär
des Innern heute im Legislativrat einbrachte, und das
von diesem einer Kommission überwiesen worden ist, legt den
Vertrag der von den Verkäufern der Zeitungen zu leistenden An-
tionen zwischen 500 und 5000 Rupien fest. Es ermächtigt die
Postbehörde, verbotliche Druckereien anzuhalten, und die lo-
kalen Behörden, Beschlagnahmen verbotlicher Zeitungen,
Bücher und Dokumente vorzunehmen. Als Preisobergrenze
in diesem Sinne werden genannt: der Versuch zur Antikipation
von Wochenschriften, von anaristischen Verberden, von Unter-
nehmungen, die darauf abzielen, die Loyalität der Armee und der
Flotte zu untergraben und Feindschaft zwischen den ver-
schiedenen Klassen und Religionsbekenntnissen herbeizuführen.

Dieses gegen die Emanzipationsbewegung der Eingeborenen
gerichtete Anhebungs-gesetz macht dem „freien England“ alle
Freie. Diese Anhebung ist natürlich gerade so viel, wie alle solchen
Ausnahmegesetze, nämlich nichts.

Aus der Partei.

Die lauerische „Gleichberechtigung“.

Unser Genosse Gajewitz Schmalzer in Kaiserlautern wurde
vor einiger Zeit zum dritten Adjunkten gewählt. Wie gemeint
wird, hat die Regierung die Befähigung befragt.

Allerlei.

Paris nach der Ueberflutung.

Paris, 6. Februar. In der Dammelle von Paris ist die
Gefahr noch immer wenig bedrohlich. In einem Vorort von
Paris erlöste ein Haussturz, wobei eine Frau ver-
letzt wurde. In Neuilly hat sich nunmehr das Wasser fast
ganz zurückgezogen.

110000 Arbeiter ohne Beschäftigung.

Paris, 7. Februar. Reiti Parilien behauptet, daß sich
die Zahl der durch die letzte Hochwasserflut betroffene Beschäftigungs-
losen Arbeiter auf 110000 beläuft. Von diesen befinden
sich 25000 in der Hauptstadt und 85000 in den Vororten und
verschieden Departements.

Eisenbahnunfall in Amerika.

Newport, 6. Februar. In Jacksonville (Florida) stieß ein
Eisenbahnzug mit einem Personenzug zusammen. Die Verluste
an Menschenleben sind groß. Mehrere Einzelheiten fehlen noch.

Zur Typhus-Epidemie auf Malta.

Malta, 6. Februar. Zu der hier ausgebrochenen Typhus-
epidemie wird noch gemeldet, daß gestern 67 Neuerkrankungen
amtlich festgestellt worden sind.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Hohenlohe Hafer-Flocken

geben delikate Suppen,
Frühkost für Alt u. Jung,
bewährte Kindernahrung.

In gelben Paketen mit dem Bilde der Schmittlerin.

Geschäftshaus

J. Lewin,

Marktplatz 2 und 3. Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Nur noch wenige Tage

des grossen diesjährigen

Räumungs-Ausverkaufes.

Walhalla-Theater
Direktor u. Possitor: Paul Blüthgen.
Heute, Montag, Elite-Abend.
Das phänomenale Programm,
von dem ganz Halle spricht!
Morgen, Dienstag, den 8. Februar:
Grosse vikige Fastnacht-Vorstellung
mit dem Motiv: „Uebelnehmen gibt's nicht“
unter Mitwirkung der gesamten Künsterschaft, div.
Gäste und der verstärkten Haus-Kapelle.
Diverse urkomische Einlagen, u. a.:
Halloh! Prinz Carneval.
Wenn die Butterblum' blühn?
Die Meistersänger von Halle!
Der Jahrmarkt zu Krähwinkel!
Malloren-Neuigkeiten a. alter Zeit!
Gratis-Verteilung von Scherzartikeln und Andenken
an alle geehrten Theaterbesucher.
Nach der Vorstellung lustige Fortsetzung.
Wor lachen will — der komme.
Billetts sind schon heute an der Tageskasse zu haben.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Jeder Hallenser
ohne Ausnahme
muss
„Zeit ist Geld“
Eine phantastische Zauber-
merci in 2 Akten u. 1 Vor-
spiel (12 Bildern) von
Carl Waldow auf der
„Drehbühne“
spielen haben!

Achtung!
Mittwoch den 8. Februar abends 8 1/2 Uhr im grossen Saale des
Volkeparkes, Burgstrasse 27
Gr. öffentl. Versammlung.
Tagesordnung:
Bertrag des Herrn Ew. Vogtherr-Diesbaden über:
Das Christentum und der Krieg.
Freie Diskussion. Freie Diskussion.
Die Herren Geistlichen sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.
Zur Deckung der Unkosten 10 Pfg. Eintritt.
Um zahlreichem Besuch bittet
Die Freidenker-Vereinigung für Halle a. S. und Umgegend.
H. H. W. Städt, Kappelgasse 7 II.

Sozialdemokr. Verein für Halle u. d. Saalkreis,
Distrikt Lößejün.
Mittwoch den 8. Februar abends 8 1/2 Uhr im Restaurant
„Zur guten Kugel“ in Lößejün
Mitglieder - Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Redaktors Kasparow-Galle a. S.
2. Vereinsangelegenheiten.
Einer recht zahlreichen Beteiligung sieht entgegen
Die Distriktsleitung.

Verein „Gesundheitspflege“, e.V.
Mittwoch abends 8 1/2 Uhr im Evangelischen Vereinshaus:
Vortrag des Herrn Dr. med. Winsch
aus Berlin, über:
Die Behandlung von Krankheiten ohne Arznei
und ohne Operation.
— Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pfennige. —

Soziald. Verein Zeik
Mittwoch den 8. Februar 1910 abends 8 1/2 Uhr
im Säuglings Restaurant, Schützenstraße
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Der Beschäftigte „Wahlrechtswahl“ und die Erklärung der
Arbeiter dazu. 2. Geschäftliches und Bescheidenes.
Genossen und Genossinnen! Es ist wohl nicht nötig, noch be-
sonders auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hinzuweisen. Wir
hoffen, daß die Versammlung stark besucht wird.
Der Vorstand.

Dianasaal, Aue-Zeitz
Dienstag den 8. Februar (Fastnacht):
Grosses humoristisches Konzert
der beliebten Leipziger Humorsänger. Erstklassige Herren-
gesellschaft Leipziger, 16 Sänger, Humoristen, Schauspieler, Musiker.
Vollständig neues Programm.
Konzert: Nach dem Feiner Fastnachts-Gesellschafts-Ball.
Vorverkauf in den bekannten Geschäften à 20 Pf., an der Kasse
40 Pfg. Anfang 8 1/4 Uhr. A. Rumborg.

Zu Fastnachten:
Mürbteig-Kräppeln Duzend 25 Pfg.
Pfannkuchen, gefüllt „ 50 Pfg.
Pfannkuchen, ungefüllt „ 25 Pfg.
ff. Spritzkuchen, täglich frisch
empfiehlt Bäckerei
Fr. Kern, Gr. Steinstrasse Nr. 39.

Weissenfels. Weissenfels.
Offiziere mit heutigem Tage meine
H. Fleisch- und Wurstwaren
als:
Corvalatwurst, Salami, Kasseler Rippenspor,
rohen, gekochten und gefüllten Schinken,
polnische Bratwurst, ff. hausschlachtene frische
Wurst sowie jeden Abend ff. Wärme,
mit oder ohne Knoblauch.
Robert Schreiber, Geilertstr.
Kammfaden jeder Art bei bill. 2. Meinen u. verl. Schick. 22. III. v.
M.B. Ackermann, Hübnerberg 10.

Stadt-Theater
in Halle a. S.
Direktion: Hofrat M. Richards.
Dienstag den 8. Februar 1910:
144. Abem.-Vorst. 1. Viertel.
Novität! Novität!
Zum 11. Male:
Der fidele Bauer.
Operette in 3 Akten
von Leo Fall.
Kassendf. 7 Uhr. Anf. 7 1/4 Uhr.
Ende gegen 10 1/4 Uhr.

Mittwoch den 8. Februar 1910:
145. Abem.-Vorst. 1. Viertel.
Novität! Novität!
Zum 1. Male:
Das Konzert.
Aufspiel in 3 Akten
von Hermann Dobr.

„Schmelzers Höhe“
Eichendorffstrasse 18.
Dienstag, 8. Febr.:
Gr. Schlachtfest.
Siegen laudet freundlich ein
Familie Fr. Emmer.

Jeden Dienstag
Schlachtfest.
O. Grabau,
Manufakturgeschäft Nr. 3.

Jeden Dienstag
Schlachtfest.
Spez. Bräuterei
a. S. 10 Pf.
Löhde, Liebenauerstr. 162.

**Grosser Inventur-
Räumungs-Verkauf**
von 53 Zentnern
**Geraer Kleider-
Stoff-Rester**
in allen Längen; nun schnell zu
räumen, gebe diese zu bedeutend
ermäßigten Preisen ab.
Eingefärbte Stoffe für Hemden.
Bei Nr. 20. — Wert-Einstauf be-
steht Ihnen die Grösst.
Kerst Hammerochmidt,
Gera, Humboldtstrasse 2a, I.

Gauschlächter.
Wichtige u. seine Schnitten
für trockne u. gelagerte Vorne
Halle a. S.,
Ouf. Waprotz, H. Ulrichstr. 1.
Der Weg zur Macht
von Karl Haupt.
Preis 50 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Buchhändler
u. die Volksbuchhandlung
Hanz 42/43.

H. fettes Rindfleisch,
Reibed a. Bfd. 70 Pf.
Schwieblich a. Bfd. 50 Pf.,
von 8 Bfd. an à 50 Pf.
von 10 Bfd. an 40 Pf. à Bfd.
Emil Wende
Hölzer

Geschäftseröffnung.
Hierdurch zur gef. Mitteilung, daß ich am Dienstag
den 8. Februar, Talamtstrasse 3, eine
Zigarren-, Zigaretten- u. Tabakhandlung
eröffne. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich
besuchende Sammelhaft bei billigen Preisen nur gut und
reell zu bedienen. Einem gütigen Zubruck sieht entgegen
Karl Rickardt,
Halle a. S., Talamtstrasse 3.

Die ganze Wirtschaft
fann durchausfinden! Wer es! Darum
verlassen Sie Ihre Gesundheit und halten
Sie **Carmol (Karamellitergel)** im Hause.
Carmol tut wohl bei vielen Erkrankungen.
Nehmen Sie sich aber nicht selbst auszu-
reden, denn Carmol ist reichlich gelehrt.
Carmol-Guttreinigungs- und Möfiter-Tee (Follicul senae) 50 Pfg.
Carmol-Drogen-Bombon 50 Pfg. Zu haben in allen Apotheken
und Drogereien. **Carmol-Fabrik Weinsbüchels i. W.**

Unerreichte Auswahl in guten Zöpfen
von 8 Mark an bis 80 Mark
haben Sie bei
Zopf-Slebert, Leipzigstrasse 33.

Zu Fastnacht
empfehle
„Pfannkuchen“
in diversen Füllungen von bekannter Güte.
Aug. Lauffer Nachf., Leipzigstr. 102.
Fernsprecher 2693.

Guttenmittel!
als:
**Bayerisch Malz,
Milch- u. Bourbon,
Weibel- u. Bourbon,
Cucalyphtus- u. Bourbon,
Zee- u. Bourbon,**
empfiehlt
à Beutel 10 Pfg.
Rob. Schirmer,
Zuckerwaren-Fabrik,
Fischerstrasse 55, Leipzigerstrasse 71,
Manufakturstrasse 48.

Wilh. Wacker,
Gr. Brunnenstr. 54
(direkt an der Richard Wagnerstr.)
empfiehlt sich zur Anfertigung
feiner Herren-Garderobe,
aus bei Selbst-Stofflieferungen.
Tadellose reifste Bedienung
wie bekannt.
NB. Komme auf Bestellung
lofort in's Haus.

Einm Lebrling sucht zu
Carl Pötzsch, Barbier,
Augsdorf bei Siebenbrun.
Wohnungs-Anzeigen
Eine Wohnung ist zu ver-
mieten.
Cecyng Nag,
Hörigsdorf Nr. 47b.

Einm Lebrling sucht zu
Carl Pötzsch, Barbier,
Augsdorf bei Siebenbrun.
Wohnungs-Anzeigen
Eine Wohnung ist zu ver-
mieten.
Cecyng Nag,
Hörigsdorf Nr. 47b.

Kluger Frau
bestellt sofort das Buch **Schütze
die Frau**, Ringel u. Franzen-
stein, Dr. Kurtzmann, Verlan-
distrakt gegen 70 Pfg. in Marken.
Frau W. Schmidt,
Liegwitz I.

Perücken! Masken!
hochparat u. sic, verl. Kostüm-
schwämmen u. Schminktucht aus
H. Krolow Ww., Grösststr. 16.
Häusliche Singer-Spinn-
werkzeug, sehr billig u. verl.
Kleiderstr. 16 I, II.

Fabrikarbeiter - Verband.
(Distrikt Ammendorf).
Neubrief!
Sonntag früh stark nach
langen Abwesen unter kolleg,
der Fabrikarbeiter.
Karl Zimmermann
in Meuselwitz.
Gere feinen Kadenten.
Die Überlegung findet am
Mittwoch nachmittags 8 Uhr
in Meuselwitz bei der Schen-
kalle aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt
Einm Lebrling sucht zu
Carl Pötzsch, Barbier,
Augsdorf bei Siebenbrun.
Wohnungs-Anzeigen
Eine Wohnung ist zu ver-
mieten.
Cecyng Nag,
Hörigsdorf Nr. 47b.

Dant.
Für Kluge Frau vom Grabe meines
lieben Mannes unter dem Bismarck,
liegen mir allen denen, die seinen
Satz mit Klängen schmeicheln,
untern herzlichsten Dank. Dank
auch der Gütigkeit seiner Arbeiter-
Freiwillig, der Spinn- u. Zentral-
Freiwillig, der Arbeiter- u. Arbeiter-
Halle - Nord, dem Deutschen Poly-
technischen Verband und dem Sozial-
demokratischen Verein.
Die trauernde Familie
Bonath.

Einm Lebrling sucht zu
Carl Pötzsch, Barbier,
Augsdorf bei Siebenbrun.
Wohnungs-Anzeigen
Eine Wohnung ist zu ver-
mieten.
Cecyng Nag,
Hörigsdorf Nr. 47b.

Beilage zum Volksblatt.

Das Monstrum.

Die neue Wahlrechtsvorlage ist dem preussischen Abgeordnetenhaus am Sonnabend vormittag zugegangen. Es besteht sich, das sie eine stammbildende Entzweiung der dritten Klasse des Volkes bedeutet. Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Der erste Artikel bestimmt die Aufhebung der Artikel 70, 71, 72 und 74. Artikel 1 der Verfassung. Der zweite Artikel enthält die Verfassung der dritten Klasse des Volkes. Der dritte Artikel besagt, daß der Artikel 116 der Verfassung außer Kraft gesetzt wird, und der vierte Artikel endlich enthält die Uebergangsbestimmung, wonach bei einzelnen Neuwaahlen, die vor der nächsten, nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes stattfindenden allgemeinen Wahl erforderlich werden, die bisherigen Vorschriften zur Anwendung kommen.

Aus Artikel 2 des Entwurfes seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Nach § 8 kann Abgeordneter werden: jeder Preuze, der das dreizehnte Lebensjahr vollendet hat und mindestens ein Jahr (bisher drei) preussischer Staatsangehöriger ist.

Am § 9 wird bestimmt, daß jede Gemeinde (Gemeindebezirk) in der Regel einen Stimmbezirk für sich bilden soll. Gemeinden mit weniger als 750 Einwohnern werden von dem Landrat mit benachbarten Gemeinden zu einem Bezirk vereinigt. Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern werden in Stimmbezirke geteilt.

Das Aufzählen in die nächst höheren Klassen erfolgt auf Grund der §§ 8 bis 10, die folgenden Wortlaut haben:

§ 8:
Aus der nach §§ 6, 7 gebildeten Abteilung, der sie nach ihrer Steuerleistung zugehören, der nächst höheren Abteilung zugeordnet, werden Wähler der zweiten und dritten Abteilung, die entwerfen:

1. vor wenigstens zehn Jahren vor einer akademischen deutschen Hochschule oder einer landwirtschaftlichen oder technischen Hochschule in Preußen eine Prüfung bestanden haben, zu deren Ablegung ein wenigstens dreijähriges Studium auf einer Universität oder einer sonstigen deutschen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder

2. dem deutschen Reichsland oder dem preussischen Landtag als Mitglieder angehört oder wenigstens zehn Jahre angehört haben, oder

3. gewählte Mitglieder eines preussischen Provinzialrates, Provinzialausschusses, Landesauschusses, Bezirksausschusses, Kreis- oder Stadtausschusses, oder ungewählte Mitglieder des Magistrats oder ungewählte Beigeordnete eines Stadtrates sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind oder

4. dem deutschen oder einer landwirtschaftlichen Marine als aktive Offiziere wenigstens zehn Jahre angehört haben und entweder zur Disposition gestellt oder zu den Offizieren der Reserve oder Landwehr überführt sind oder den Befehl befähigt erhalten haben.

Durch die Wahlordnung (§ 87) wird bestimmt, welche deutschen Anhaltler als höhere akademische Lehranstalten im Sinne des Absatz 1 Nr. 1 zu gelten haben.

§ 9:
Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die im unbesetzten Ehrenamt:

1. Vorher, Beigeordnete oder sonstige Mitglieder des Magistrats eines kreisangehörigen Stadt oder des Gemeindeverbandes einer landlichen Gemeinde oder Vorortvorher sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind,

2. Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeister, Amtmann eines weltlichen Amtes, Amtsvorher oder Stellvertreter (Beigeordnete) dieser Ehrenbeamten sind oder wenigstens 10 Jahre gewesen sind.

§ 10:
Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden ferner die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die mit einem Einkommen von mehr als 1800 Mk. zur Staatsrentensteuer veranlagt sind und entweder:

1. seit wenigstens 16 Jahren sich im Besitze der wissenschaftlichen Befähigung zum Einschreibungs-Prüfungsbefähigten-Militärdienste befinden, oder

2. seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im öffentlichen oder Grund wenigstens zwölfjährigen militärischen oder diesem gleichgestellten Dienste oder die Berechtigung zur Anstellung im Forstdienste besitzen.

Die Drittelung.

Die Angaben der Nordh. Allg. Ntz. über den Inhalt der neuen Wahlrechtsvorlage haben allgemein den Eindruck hervorgezogen, als ob gleichzeitig mit der Wahl des Wahlmanns im Kreiswahlbezirk auch die Bildung der Klassen nach Kreiswahlbezirk befristet werden sollte. Aus der inangewiesenen ersten Vorlage geht jedoch hervor, daß dies nicht der Fall ist. Nach wie vor soll nicht nach ganzen Wahlkreisen sondern nach Kreiswahlbezirken „gebildet“ werden.

Der Wähler des ganzen Systems wird dadurch noch komplizierter. Es bleibt die Aufgabe bestehen, daß man in demselben Wahlkreis mit demselben Einkommen der ersten, zweiten oder dritten Klasse angehören kann, je nachdem ob man in dieser oder jener Klasse in diesem oder jenem Hause wohnt, daß in demselben Wahlkreis ein gewisses Einkommen, in dem einen Kreiswahlbezirk für die erste Klasse ausreicht, ein viel größeres Einkommen in dem anderen Kreiswahlbezirk aber noch nicht für die zweite genügt.

§ 8. hat Dr. Müller ein Einkommen von 6000 Mk. Dr. Meyer hat genau das selbe Einkommen. Dr. Müller wohnt in der Markgrafenstr. Dr. Meyer wohnt in der Markgrafenstr. Dr. Müller gehört nach seiner Steuerleistung in die dritte Wählerklasse. Dr. Meyer in die zweite. Sie bezahlen zwar beide genau gleichviel Steuern, aber sie gehören verschiedenen Kreiswahlbezirken an, daher ist ihre Stellung verschieden.

Da sie aber Doktoren sind, rücken sie jeder um eins heraus. (Stoll hat Dr. Meyer vor 104 Jahren seinen Doktor gemacht hat, Dr. Müller aber erst vor 94 Jahren, dann bleibt Dr. Müller einweilen sitzen. Er steigt in der dritten Klasse, Meyer steigt in die erste auf. Müd muß man haben!)

Kun hat dieser alberne Inbegriff der Kreiswahlrechtsverteilung

da und dort auch wieder für die Arbeiter einen gewissen praktischen Vorteil. Die Kreiswahlrechtsverteilung macht, wie wir schon neulich ausführten, es mitunter Arbeitern möglich, in die zweite und in die erste Klasse zu kommen, wogegen sie natürlich gar keine Aussicht haben, wenn in größeren Bezirken „gebildet“ wird. Je größer der Bezirk ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß sich in seinem Umkreis doch ein paar Proben finden, die sich in die erste und zweite Klasse drängen und dadurch die Arbeiter in die dritte zurückdrängen.

Derum hat der weiße Beigegeber, der die Wahlrechtsvorlage ausgearbeitet hat, die Umwälzung auch bedeutend vergrößert. Wähler dürfen die Kreiswahlrechtsverteilung nicht „sehen“ umfassen, für die neuen Kreiswahlbezirke ist diese Höchstzahl auf 3000 „Einwohner“ binaugegriffen.

Man erreicht so den Zweck der Entzweiung ohne an dem alten Unfug rütteln zu müssen. Nun scheint man sich merklich weniger in manchen Kreisen der freisinnigen Partei für die Wahlrechtsverteilung zu begeistern, die die Logik der Brutalität für sich hat und den kleinen Steuerzahlern alle Wege nach den höheren Wählerklassen verberbt. Die Entzweiung der Wahlrechtsverteilung an Stelle der Kreiswahlrechtsverteilung wäre ein ganz merkwürdiges Ziel freisinniger Energie. Bisherlich kommt es auch noch dazu, und schließlich wäre es egal! Denn auf einzelne Unberechtigtheiten kann es bei der großen Freiheit nicht mehr ankommen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 7. Februar 1910.

Wider Säbelherrschaft und Ausnahmerecht!

Das war ein Verarmungs-Versuch geteilt! Wohl selten hat das eigene Geld der Soldaten Freiheitsarbeit eine solche Kampfbegleitung, stürmischer Menge in seinen Hallen gesehen, als am gefrigen Sonntag. Unter den Zuhörern, die da den weiten Saal füllten, gab es nur eine Empörung, nur einen Widerhall der Schmach, die dem im blutigen Schwert um seine wirtschaftliche und politische Freiheit ringenden Volk angetan worden ist. Wohl manchen Außenstehenden über das „Strohfeuer der Verarmungs-Begleitung“ hielten, wohl manchen verübte Soller des Volkes über den „Wahlrechts- und Provinzial-Raub“ gütigen Hohn auszusprechen, das Fleischnetz solcher gewaltigen Momente, wie sie die gefrige Verarmung hat, können sie nicht tilgen. Das hat sich tief in Gefühl und Bewusstsein eingegraben, das muß die lange ausgebreitete Saal zur Reize bringen.

Mit bewundernswürdiger Ausdauer folgten die Teilnehmer den beiden Rednern, die aus dem Vollen der gegenwärtigen aus der Schichte erregten politischen Situation schöpfen konnten. Spontaner Beifallssturm unterbrach die markanten Sätze und Jörn und Verachtung waren auf jedem Angesicht zu lesen, ob der furchtbaren Verhöhnung des Volkes, die in den letzten Tagen geschahen. Nicht umsonst hat die harte, politische Not der Gegenwart, der letzten Vergangenheit die Protestierer denken gekostet. Dies Denken geht seine Bahn, dies Trachten führt zur Empörung gegen den Wahnsinn, der von oben her den Klassenverstoß führt.

Schon eine Stunde vor Verarmungsbeginn begann eine gewaltige Menschenmenge vor dem Volkstempel zu sitzen. Früh noch allerdings war die Polizei auf den Beinen. Mit dem Revolver unter dem Mantel marschierten die finster dreinblickenden Ordnungsbüher den verächtlichen Polizeibehörden zu, um dann die „Demonstranten“ zu erwarten. Vergeblich freilich, wie wir es den Herren in anebenerer Ehrlichkeit schon Tage vorher beraten hatten. Im Volkstempel selbst waren wieder 20 bis 30 Mann verarmelt; weshalb die überflüssige Polizeimacht nicht aus den Räumen verwiesen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, im Saal selbst wurden nur die vorgezeichneten zwei Beamten gebildet. Mit spöttischem Lächeln belustigten die Verarmungsbesucher an den um ihren Sonntag getriebenen Beamten vorüber. Bei über 2000 Teilnehmern füllten fünf Verarmungsbeginnen den Saal, die geräumigen Galerien, die Bänke und so fort nach ein Wachen nur. Diese wurden wieder umfassen, weil sie keinen Einfluß mehr fanden.

Von Beifall begrüßt, betrat unser Reichsstaatsminister Genosse Fritz Haarer die Rednertribüne, um zu dem Thema Säbelherrschaft und Volksrecht das Wort zu ergreifen. Er führte aus: Säbelherrschaft und Volksrecht war auch das Kennzeichen des Wahlmanns im Herbst des vorigen Jahres. Wir haben damals gesagt, daß wir mit der Säbelherrschaft des Junkertums nicht einverstanden sind. Am letzten Sonnabend des Januar nun trat im Reichstage ein Ereignis ein, das weithin größte Erregung hervorgerufen hat. Der Kriegsminister fühlte sich veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß der Soldat nicht der Verfassung, sondern nur dem Kriegsherrn den Treue gelistet habe. Hiernach ist Herr Graf Fürstentum von Oldenburg-Janschau eine Neuherkunft, die bittartig die ganze Situation im Reich erhellte. Es war das Wort vom Leutnant mit den zehn Soldaten, der auf Befehl die Reichstagsbühne auszumachen hätte. Bei dieser Gelegenheit wurde man lebhaft an den berühmten Hauptmann von Rippen erinnert, der den preussischen Militärismus bis auf die Knochen klammert hat. Der Janschauer hat aber mehr getan, er hat unbewußt die ganze herrschende Klasse in Deutschland hinmirt, weil er nicht zugleich die Intelligenz des Schutzes Voigt besitzt. Freilich kann die von Oldenburg bezeichnete Verarmung des Reichstags, aber was folgt daraus? Wir leben doch im 20. Jahrhundert! Schlimm war es, daß der Reichstag selbst die Unberechtigtkeit widerlos hinmaß, daß der Präsident des Reichstages die Verschimpfung der Volkvertretung ruhig passieren ließ. Später verlor der Reichstag abermals. Der Schwandhof stimmte sich gefolgt gegen den sozialdemokratischen Antrag, der die Würde des Hauses emporkommen sollte. Die Antwort auf diesen Vorschlag haben am letzten Tage die Vertreter des Kreises Eisenach-Deimbach, die fortan dafür, daß die Vorburg rot wurde (Zürcherischer Beifall). Wie erklärt sich nun die Junkerherrschaft des Janschauer? Aus dem Willen des Junkertums, dem Geiste des Militarismus heraus. Dieser Militarismus ist dem Volkrecht feindlich bis aufs Blut. Erinnern wir uns der Mär von geribben Knoten. Das Junkertum wünscht ein Schwert, um den geribben Knoten des Wahlrechts, der Volkrecht überhaupt durchzubauen. Denken wir an Maschfeld! Nicht dem Geiste der Herrschenden ist es zu schreiben, daß es dort nicht zum Blutergießen kam. Man will Blut fließen lassen, denn das Volk an seinen Ketten rüttelt. Nicht umsonst ist das Wort gefallen, daß auf Vater und Mutter geschossen wer-

den müsse. Das ist der Ausfluß der Stimmung, die in den sogenannten höheren Kreisen herrscht. Langezeit ist die Welt der Besitzenden und Herrschenden gegen die Förderung der Sozialdemokratie nach einer Volksliste. Nach der oben skizzierten Meinung ist das zu verstehen. Was gilt den Herrschenden die Erparnis gegenüber den Kosten der stehenden Arme? Das Volk bezahlt es ja. Man will das Meer als Wahlmittel in der Hand eines Einzelnen lassen. Ein einzelner Mann, auch nur ein Mensch, trifft die Entscheidung über Krieg und Frieden. Ein ungeheurerer Zustand! Ist es in vergangenen Zeiten nicht schon oft vorgekommen, daß ein geistig nicht normaler Mensch an der Spitze eines Staates stand? Die Romandogewalt sollte nur der aussuchen, der der Schwärze und Tüchtigkeit der Arme ist. Wie verlangen auch kriegerische Beilegung der Konflikte. Damit verbunden ist die Frage der Fortschritt. Wie notwendig sie ist, beweist die internationale Spannung, die Fortschritt mit England. Sie muß gefördert werden, wenn das Volk, der kleine Mann, nicht geradezu gefressen werden soll vom Militarismus. (Zehr richtig!)

Die Janschauer-Rede entwirrt auch dem elenden, vorkommenden Feudalismus, den wir in Preußen-Deutschland immer noch haben, sie entwirrt mit dem Willen des Bürokratismus. Um diese Schäden zu beseitigen, verlangen wir die Verantwortlichkeit des Beamten, dem Monarchen und Minister bis zum Nachrückung. Unverantwortlichkeit gehört nur den Unglücksdramatischen, den Diktatoren und Tyrannen an. Das Volk ist mündig! Es muß hoher Selbstbestimmung und Selbstverwaltung von ihm gefordert werden. Nur noch die rückständige Behörde haben ihre Konstitution, eingeschloffen die, welche eine Verfassung konstituieren. So kommt für uns hinzu noch die Wahlrechtsfrage. Sie ist die Frage der Politik. Es ist nicht eine Schande, daß das intelligente preussische Volk kein Wahlrecht besitzt. Was als Wahlreform geteilt herausgenommen ist, das ist ein fünfzigjähriges Nachbewußtsein des Volkes. (Beifall.) Alle Schandlichkeiten des von einem ganz infamen verbliebenen Junker (Janschauer) als elend und widerwärtig bezeichneten bisherigen Wahlrechts werden beseitigt. Es bedeutet diese Vorlage also eine unerhörte Verschlechterung der Verhältnisse. Sie ist der Ausdruck des Junkertums. Durch sie wird die politische Gesundheit, die moralische Verarmung des Volkes gestiftet. Man will mit diesem Wahlrecht das Volk verarmen. Man will die Gewaltpolitik inaktivieren! Dagegen gibt es nur die Notwehr, dagegen gibt es nur die erlaubte Gewalt. Und dahin wird es kommen, das muß ausgeprochen werden! (Brausender Beifall.)

Wenn wir fragen, wie solche Entscheidungen, wie die Janschauer-Rede, möglich sind, dann müssen wir aber auch die Freiheit des Bürgerrechts beleuchten. Der Konteratismus ist eine gewaltige Macht, er durchdringt heute die weiteren Kreise des Bürgerrechts. Auf Liberale ist nicht der geringste Haß. Hand in Hand gehen mit der Liberalismus mit dem Konteratismus und Hand in Hand mit ihm wird er gehalten werden, wie am 26. November. (Zürcherischer Bravo.) Nieher ist die Kraft, für uns wird auch die Verarmtheit der Gegner, die durch mangelnde Steuerleistungen, Rechtsstreitigkeiten und Anwendung brutaler Gewalt das Volk ausgepeinigt. Das werden die Wähler 1911 sehen. (Zehr richtig.) Bei der Strafe des Untergrundes sind wir zum Festhalten an der gegenwärtigen Auffassung der sozialdemokratischen Partei, ihrem Programm verpflichtet. Mit aller Energie lehnen wir uns gegen alle Uebergriffe und Freiheiten, gegen jeden Raub am Volkserwerb. Es gilt heute den Appell an die Volkstreue. Wenn nur der Ruf an Sie, Genossen und Genossinnen, ergeht, dann heißt es: Macht gegen Macht, Auge um Auge, Zahn um Zahn. Die Stunde ist ernst, seien wir ihrer wert! (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Zur Wahlrechtsfrage führt Genosse Paul Hennig aus: Wenn Genosse Haarer mit seinen prächtigen Ausführungen etwas bewiesen hat, dann ist es der Ernst der Situation. Heute gilt es, die erste Leberleiht über die Prozeduren der Regierung zu halten. Es gilt zu fragen, ob das Volk bereit ist, sein Blut an die Erregung des höchsten Ansehens zu lassen. Es ist gesagt worden, daß der Ehrensinn einmal keine Kette durchdringt. Wenn das wahr ist, dann muß jetzt die Empörung des Volkes mit Hiesigen Namen empfangen werden.

Nun aber fragen wir, ist es möglich, über die Vorlage der Regierung überhaupt zu diskutieren? Nein, das verbietet uns unsere Würde! Wir müssen aber die ganze Schmach des Entwurfes dem Volke entziehen. Die Regierung beabsichtigt einen Ueberlebensvertrug. Jetzt gilt es zu zeigen, was wir vermögen, und ob wir kämpfer sind.

Die ganze Reform beruht auf acht preussischer Taktik, auf Schwindeln. Wie bei der Reichsfinanzreform und den vorigen Reichstagsreden, soll auch jetzt das Volk gemein beschwindelt werden. Die herrschenden Klassen können nur nach von Schwindeln und Betrug leben. Das bricht sich auch in der Wahlrechtsvorlage aus. Sie soll eine Fortentwicklung des jetzt bestehenden Systems sein. Sie ist es auch, aber auch nach unten.

Wollen wir die Vorlage an unseren Forderungen. Was steht von der Allgemeinheit daran? Von 20-24 Jahren sind die Männer reichlos, die Frauen sind überarm. Das gleiche Volkrecht fordern wir als Wichtigkeit. Die Vorlage ist eine Verhöhnung dieser Forderung. Das ganze Recht ist an den Verarmung geknüpft. Wir fordern, daß das Recht an die Verarmung geknüpft werde. Auch den reichen Gaultzern soll das Wahlrecht geknüpft bleiben, obwohl die Frage seiner Entzweiung wohl zu diskutieren wäre, wenn wir mit den Waffen der Junker kämpfen wollten. Die bisherige Drittelung der Kreiswahlbezirke, die zu ungewöhnlichen Zuständen geführt hat, soll vollständig verschleiert werden. Die Verschleierung ist aber lo, daß eine Verschärfung der Klassengebühren dadurch ergibt wird. Die Geschichte lehrt uns, daß die zweite Abteilung wird nun nicht etwa demokratisiert, sondern sie soll durch sämtliche Beamte, durch die Militärdienstverpflichtung werden. Die Unteroffiziere, die zwölf Jahre hindurch die Mannschaften gesunden und gefesselt haben, sind damit an geborenen Geknechteten in Preußen erklärt worden. (Zürcherischer Bravo!) Hinzu kommen alle Leute, die ein Ehrenamt im kommunalen Leben belegen. Und dann endlich kommt die rein proletarische dritte Wahlbezirk. Das alles ist eine furchtbare Verarmung des Klassenkampfes. Diese Fortentwicklung des Wahlrechts ist eine verdamnte Illustration des Ergrüner Programms der Sozialdemokratie. Sie gegenüber gibt es nur ein Wort, das sich richtig an die her demoralisierten Leute des jetzigen Reichstages, dem indischen Wahlrecht, mit der Regierung entgegen. Sie will die direkte Wahl einführen. Aber auch da hat sie ein ganz erdäuliches und widerwärtiges System erfinden. Die Hunderteilung der Stimmgruppen

